

31. / III. 1916.

Einigung über die U-Boot-Anträge.

Im Reichstagsauschuß ist eine Einigung auf einen gemeinsamen Antrag in der U-Bootfrage erfolgt.

Mit allen gegen eine Stimme wurde bei vollbesetzter Kommission folgender Antrag der Abgg. Bassermann, Bruhn, Ebert, Frhrn. von Camp-Massauen, Gröber, Dr. v. Heydebrand und der Lasa, Dr. Müller-Meinigen, v. Payer, Dr. Köstke, Scheidemann, Schiffer-Magdeburg, Dr. Stresemann und Graf v. Westarp angenommen:

Die Kommission wolle beschließen, dem Reichstage folgende Erklärung an den Herrn Reichskanzler vorzuschlagen:

Nachdem sich das Unterseeboot als eine wirksame Waffe gegen die englische auf die Aushungerung Deutschlands berechnete Kriegsführung erwiesen hat, gibt der Reichstag seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß es geboten ist, wie von allen anderen militärischen Machtmitteln, so auch von den Unterseebooten denjenigen Gebrauch zu machen, der die Erringung eines die Zukunft Deutschlands sichernden Friedens verbürgt, und bei Verhandlung mit auswärtigen Staaten die für die Seegehung Deutschlands erforderliche Freiheit im Gebrauch dieser Waffe unter Beachtung der berechtigten Interessen der neutralen Staaten zu wahren.

Von einem Mitgliede der Kommission wurde zu dem Satze des gestrigen Berichtes:

„Hervorgehoben wurde von Mitgliedern der Kommission, daß den Antragstellern jeder Eingriff in die Kommando-gewalt ferngelegen habe.“

festgestellt, daß den Antragstellern solch Eingriff nicht nur ferngelegen habe, sondern daß er in den Anträgen nicht enthalten sei.

Es steht noch nicht fest, ob über diese Frage im Plenum überhaupt gesprochen werden soll. Das wird besonders von der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft gewünscht. Einigkeit besteht jedoch bei sämtlichen Parteien darüber, daß eine Erörterung im Plenum mit aller durch die Sache selbst gebotenen Rücksichtnahme zu erfolgen hätte.

Durch den gestern abend im Haushaltsauschuß angenommenen gemeinsamen Antrag sind die viel umstrittenen U-Bootsanträge der Konservativen und der Nationalliberalen, wie auch der Antrag des Zentrums und die erst im Auschuß gestellten Anträge der Fortschrittlichen Volkspartei erledigt. Es ist erfreulich, daß eine Einigung erfolgt ist, welche den Wünschen der Antragsteller entgegenkommt, wie den dagegen erhobenen Bedenken gerecht wird. Unsern Feinden aber bereitet der Reichstag abermals eine starke Enttäuschung durch seine Geschlossenheit.

Die „Germania“ sagt zu der Einigung: „Der angenommene Antrag läßt nur die Deutung zu: es gibt in dem Meinungs- oder Auffassungsstreit über die Anwendung der U-Bootwaffe weder Sieger noch Besiegte! Man hat die Gründe und Gegengründe angehört und abgewogen, und sich dann auf einen Mittelweg geeinigt, der sich mit dem bestehenden Zustand heute zufrieden gibt, ohne sich für alle Zukunft darauf festzulegen.“

Heute tritt der Auschuß bereits um 10 Uhr vormittags zusammen, um der Voranschlag des Auswärtigen Amtes und danach den des Kriegsministeriums zu beraten.